

INTERNATIONALER TAG DER PFLEGE

POSITIONSPAPIER



Jede Krise birgt auch eine Chance in sich. Das gilt auch - vielleicht sogar ganz besonders - für die momentan durch das Virus SARS-CoV-2 hervorgerufene wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. **Fest steht für uns, eine Rückkehr zum Status ex quo ante kann und darf es nicht geben.** Je länger die Illusion fortbesteht, es könne nach Bewältigung der aktuellen medizinischen Krise so weiter gehen wie zuvor, desto härter wird der Aufschlag auf dem Boden der Realität werden. Das gilt es zu vermeiden. Politik ist immer das permanente Suchen nach und gesellschaftliche Ringen um eine Antwort auf die Frage: ‚wie wollen wir morgen miteinander leben?‘ Diese Frage kann uns qua Auftrag und Definition keine Unternehmung beantworten.

Selbstverständlich unterliegt unsere Gesellschaft gewissen wirtschaftlichen Zwängen. Das auf einmal wieder zu gewisser Popularität gelangte Wort „systemrelevant“ zeugt davon. Waren es im Zuge der Finanzkrise vor etwas mehr als 10 Jahren noch die Banken, die mit diesem Adjektiv versehen wurden, sind es heute Verkäufer*innen an Supermarktkassen und medizinisches Personal. Sogar die Regierungschefin höchst persönlich hat sich mit warmen Worten bedankt. Natürlich halten auch wir Zeichen des Dankes und der Anerkennung für wichtig und geboten; diese Dankbarkeit darf sich aber nicht in Applaus erschöpfen. **Dankbarkeit und Respekt ist vieles wert, aber sie machen nicht satt.**

Dankbarkeit darf nicht das Einzige sein, das all jenen entgegengebracht wird, die gerade in der Krise den Laden am Laufen halten! Wer ‚systemrelevant‘ ist hat mehr verdient. Wir erwarten, dass die Gesellschaft mit dem gleichen Engagement an der Seite von Beschäftigten im Einzelhandel und im Gesundheitssektor zur Seite steht, wie wir es in der letzten Krise an Seite der Finanz- und Kreditinstituten standen. Dies gilt umso mehr, als dass sich die derzeit so wichtigen und hoch gelobten Beschäftigten in den systemrelevanten Sektoren zum größten Teil im niedrigen Lohnsektor bewegen und zudem überproportional weiblich sind. Die Forderung, das Lohnniveau gerade für diese Held*innen der Krise zu erhöhen, bietet also zusätzlich die Gelegenheit strukturellen Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen zu begegnen.

Es kann nicht sein, dass Gewinne auf den Rücken der Beschäftigten realisiert werden, indem die Lohnkosten gesenkt und Arbeitsbedingungen verschlechtert

werden. Der öffentlichkeitswirksame feuchte Händedruck steht im krassen Gegensatz zu den gerade in der Krise immer weiter zurückgedrängten Arbeitnehmerrechten und dem unter Druck geratenen Arbeitsschutz; erst vor Kurzem berichtete dazu das Magazin Fakt.

Dies gilt für prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Einzelhandel genau so, wie für chronisch überlastete Kräfte im Pflegesektor. Im Einzelhandel hat sich mit der Liberalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vielerorts ein Modell etabliert, in dem Arbeitsstunden nach Bedarf und Umsatz auf die Arbeitskräfte verteilt werden. Der Mehrarbeit in der momentan akuten Krise im Lebensmitteleinzelhandel steht so die permanente Ungewissheit über zu leistende Stunden gegenüber. Die zugeteilte Arbeitszeit entscheidet so über die Höhe des monatlichen Gehalts. Die einzelnen Arbeitnehmer*innen sind somit direkt und kurzfristig vom Wohlwollen ihres Arbeitgebers abhängig. Das ist nicht nur für jede Einzelne eine erhebliche Belastung und untergräbt die effektive Wahrnehmung wichtiger Arbeitnehmerrechte, sondern geht direkt und indirekt auch auf Kosten der Allgemeinheit. Im Extremfall direkt bspw. durch Leistungen zur Aufstockung oder Grundsicherung im Alter. Diese Praxis muss zurückgedrängt werden. In der Krise wird der Wert von sozialer und materieller Sicherheit besonders deutlich. **Auch danach muss gelten: wer in einem systemrelevanten Beruf tätig ist, hat diese Sicherheit verdient.**

Im (medizinischen) Pflegesektor liegt die größte Gefahr weniger in prekären Beschäftigungsverhältnissen, als in chronischer Überlastung des Personals. Gerade in Zeiten einer gesundheitlichen Krise wird diese Überlastung akut und potentiell gesundheitsgefährdend. Hier tritt eine anhaltende systematische Fehlentwicklung zu Tage, die in der Privatisierung des Gesundheitswesens und dessen Unterwerfung unter Marktgesetze ihren Ursprung hat. Erhöhungen der Gewinnmargen lassen sich hier nur durch Kostensenkungen realisieren, sind doch Vergütungsmodelle im Gesundheitswesen standardisiert. In der Konsequenz werden gerade Personalkosten minimiert. Dies drückt sich insbesondere in Personalschlüsseln aus. Auch hier gilt: Gewinne werden auf Kosten des Personals realisiert - auf Kosten der Gesundheit jener, die für unser aller Gesundheit sorgen und derer, die gerade in der derzeitigen Krise schier Übermenschliches leisten. Auch hier gilt: Applaus ist schön, aber keine angemessene Entlohnung.

Dass wir momentan relativ gut auf die medizinische Ausnahmesituation reagieren können, liegt auch daran, dass Forderungen u.a. des derzeit amtierenden Gesundheitsministers und der Bertelsmann-Stiftung nach Abbau der Hälfte der Krankenhauskapazität im Bundesgebiet nicht gefolgt sind. Für uns steht fest, Leben und körperliche Unversehrtheit können und dürfen keinen Marktpreisen unterworfen werden. **Sie sind unveräußerliches individuelles Recht.**

Wir fühlen uns in unserer Ansicht bestätigt, dass das Gesundheitswesen im Sinne des Gemeinwohls organisiert sein muss. Dazu gehört zwingend, dass Versorgungssicherheit immer und überall über privater Rendite zu stehen hat. Ein auf

Profit und möglichst hohe Auslastung ausgerichtetes Versorgungssystem stößt spätestens dann an seine Grenzen, wenn es sich - wie jetzt - einer medizinischen Ausnahmesituation gegenüber sieht. Wir fordern deshalb, die Privatisierung des öffentlichen Gesundheitssektors zu stoppen und dort, wo es möglich und notwendig ist, rückgängig zu machen. Dazu gehört natürlich auch, dass der Bund den Kreisen als Trägerinnen betreffender Einrichtungen finanziell unter die Arme greift.

Nur so sehen wir die Möglichkeit gewahrt, den Held*innen der Krise und des Alltags in medizinischen Berufen mehr entgegen zu bringen, als Dankbarkeit und Applaus. Für sie müssen ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft angemessene Arbeitsbedingungen und Entlohnung gewährleistet werden.

Respekt muss sich in Geldbeutel und akzeptablen Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die aktuelle Gesundheitskrise wirft zwar ein Schlaglicht auf Fehlentwicklungen gerade im Niedriglohnsektor, der Grund für diese ist sie aber nicht. Wer arbeitet, soll von seinem Lohn auch leben können. Wer arbeitet, soll die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe haben. Wer arbeitet, soll nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Wer arbeitet, soll sich nicht auch noch Sorgen ums Altern machen müssen. Das gilt umso mehr, als es sich um Beschäftigte in systemrelevanten Berufen handelt; um Berufe also, die unsere Gesellschaft zusammen und am Laufen halten.

Wir fordern deshalb eine deutliche Erhöhung des Lohnniveaus, insbesondere in den genannten Berufsgruppen und abgesichert durch einen armutsfesten Mindestlohn. Dieses Niveau muss auch eine Rente garantieren, die Altersarmut vermeidet. Denn bei besseren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen geht es nicht nur um eine Anerkennung der Leistung in der Krise, die mit einmaligen Bonuszahlungen abgegolten werden kann, es geht um soziale Gerechtigkeit.

So zeigt uns die Krise auch, dass die gesetzliche Rente unverzichtbar ist, um ein würdiges Leben im Alter zu gewährleisten. Eine finanzmarktgestützte private Altersvorsorge ist erstens für viele aufgrund knapper Budgets nicht erschwinglich und zweitens inherent unsicher. Wir erneuern deshalb unsere Forderung einer deutliche Stärkung der gesetzlichen Rente und deren Überführung in eine Bürgerversicherung, in die alle Berufsgruppen einzahlen.

Eine Erhöhung des Lohnniveaus und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und im Einzelhandel sind keine Almosen. Sie würden nicht nur die Leistung systemrelevanter Arbeitnehmer*innen gerecht entlohnen, sie kämen auch der Allgemeinheit zugute. Ein gesteigertes Lohnniveau steigert die Kaufkraft, eine erhöhte Kaufkraft kurbelt den Konsum an, was wiederum einer wirtschaftlichen Erholung nach der Krise dienlich ist.

Ferner sind unsere Forderungen geeignet, die dringst gebotene Verringerung von Gender Pay Gap und Gini-Koeffizient sowie eine Stärkung der gesetzlichen Rente herbei zu führen; Zielsetzungen also, die wir als Jusos schon lange verfolgen.

Angemessene Entlohnung für Beschäftigte in systemrelevanten Berufen ist für uns deshalb nicht nur eine Frage von Respekt und sozialer Gerechtigkeit, sondern auch wirtschaftspolitischer Vernunft.